

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Leipzig.
Geben & Stumpf, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Broschur: Gebr. Barthold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 200 M. Durch
die Post bezogen vierzehntäglich 600 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 900 M.

Telegogramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 26261.
Sprechstunde nur montags, 3 von 12 bis 1 Uhr.
Spedition: Bettinerplatz 10. Tel. 26261.
Druckschrift von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Abonnementpreis: bis 7 gehaltene Broschurenzeits 50 M., darauf 40 Prozent
Zuerhöhungszuschlag, bei Sammelabrechnungen die Zeile 60 M. (ohne Zuschlag).
Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an zwei
gekennzeichneten Tagen kann nicht übernommen werden. Auf Preisnachlassung 20 M.

Nr. 175.

Dresden, Freitag den 1. August 1919.

30. Jahrg.

Wer den Waffenstillstand forderte!

Die Vorgeschichte des Friedensangebotes. — Ludendorffs Schrei nach Waffenstillstand. Das Ende deutschnationaler Lügen.

Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes gibt die Reichsregierung im Antrage des Reichskabinetts eine Sammlung wichtiger Urkunden heraus, welche die Beratungen und Verhandlungen durch Protokolle und Noten wiedergeben, die in der Zeit vom 14. August bis zum 11. November zum Abschluss des Krieges führten. In der Vorberührung steht es u. a.:

Die Veröffentlichung ist erforderlich geworden, um den Legendenbildungen entgegenzutreten. Viele Kräfte sind an der Arbeit, die Wahrheit zu entstellen; zum Teil kann man ihnen den guten Glauben nicht mehr aufsprechen, aber zum Teil ist Unkenntnis die Ursache der Entstellungen, oder die Verhandlungen dieser Zeit muß daher vollständige Klarheit verbreiten werden. Die veröffentlichten Dokumente entstammen den Archiven des Auswärtigen Amtes und der Außenländer. Sie sind Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des Friedensangebotes vom 8. Oktober bis zum Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918. Sie sind gleichzeitig Beiträge zum Verständnis der deutschen Revolution und der elementaren Heiligkeit ihres Sieges. — In großen Zügen ergibt die Sammlung folgende Entwicklung:

Der Ausgangspunkt der ganzen Friedensaktion ist die Erstürzung in Paris am 14. August 1918. Während General Ludendorff noch seine Fülle mit Selbstimmunität erfüllt hatte, bei der jungen Offensive den Feind endgültig und entscheidend besiegt wurde, bildet jetzt angenommen, daß es nicht mehr möglich sei, den Rest militärisch zu gewinnen, und daß daher an einer Verhandlung mit dem Feinde, und zwar durch neutrale Vermittlung, zu denken wäre. Es wird aber nicht etwa der Kuitag gegeben, die Aufklärung sofort vorgenommen. Der Entschluß des Reichskabinetts lautet: „Es sollte auf einen geeigneten Zeitpunkt geschoben werden, wo wir mit dem Feinde zu verständigen hätten“, und aus ihm ergibt der Reichskanzler die Beratung dahin zusammen: „Diplomaten müßten die Füden, betreffend eine Verständigung mit dem Feinde, im geeigneten Moment angepriesen werden. Ein älter Moment böte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen.“ Generalstabschef v. Hindenburg führt im Anschluß hieran aus, das es gelingen werde, auf französischem Boden siegen zu bleiben und darüber schließlich dem Feinde unseres Willens einzwingen. Am 10. September tritt eine teilweise Weiberung ein. Generalstabschef v. Hindenburg spricht sich zwar redetisch gegen einen Appell an alle kriegerführenden Länder aus, schafft in aber zuweilen mit der Vermittlung einer neutralen Macht im Herstellung einer Aussprache ohne Aufschub einverstanden. Die Verhandlungen führen nicht zum Ziel.

Zwischenzeitlich

Bulgariens Zusammenbruch

ist nunmehr wesentlich. Am 21. September antritt in den Räumen des Gebäude auf, zur Einleitung von Friedensverhandlungen direkt an Amerika herangetreten. Es werden Verhandlungen zwischen dem 29. und 30. September in Staatssekretär v. Hindaus Amt im Großen Hauptquartier. Das Ergebnis der Beratungen ist in dem Telegramm v. Hinden am 30. September vom 20. September, 8 Uhr 40 Min. nachmittags:

„Bitte, auf Deutsches Befehl Sr. Majestät und Zustimmung des Herrn Reichskanzlers in Wien und Konstantinopel verhandelt zu werden, daß ich vorholde. Präsident Wilson freiden angulieren auf Grund seiner 14 Punkte und ihn einzuladen. Friedenskonferenz soll Washington zu berufen nach Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand, wenn unter Verbündeten zustimmen. Über die in Sibias begriffene neue Reichsregierung ist Vorschlag auf präsentieren. Bitte an Präsident Wilson gelangen zu lassen. So daß der Vorschlag erst von ihm ausgehen würde.“

Noch am selben Abend gehen aus Berlin die Telegramme nach Wien und Sarajevo ab. Ueberstimmeung mit Wien wird nach Aufforderung bestrebt und die Art der Geheimübermittelung durch die Schweiz mit Wien vereinbart.

An diesem Tage trifft die Union in ein neues Stadium. Ueberhaupt wird die Oberste Heeresleitung von der Einleitung der Friedensberatungen vor einer Konfrontation der militärischen Kräfte eingesetzt. Später berichtet empfahl, bitte, sie jetzt aufzumuntern, daß Friedensangebot gerade wegen der akuten Beliebung der militärischen Lage sofort einzugeben ist.

Am 1. Oktober 1918 kommt eine ganze Reihe von Telegrammen und Telephongesprächen aus dem Großen Hauptquartier in dem gleichen Ambiente nach Berlin: „Heute hält die Truppe, was morgen geschehen könnte, bei nicht vorzusehen.“ Man solle das Friedensangebot sofort hinausgeben lassen und damit nicht erst bis zur Bildung einer neuen Regierung warten, die sich verzögern könnte. Heute könne die Truppe noch und wir seien in einer würdigen Lage. Es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen, und dann wäre unter Angebot am allerungünstigsten Moment.“ Und wieder abends:

„General Ludendorff erfuhr mir, daß unter Angebot von Fern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden später wie Armee nicht noch warten.“

Der General betonte, daß alles darauf ankomme, daß das Antrittsmonat November nicht oder November nicht in den Händen der Partei sei, und dass überlegene, alte Leute dafür in Betracht zu ziehen. Am selben Nachmittag lädt Hindenburg dem Präsidenten v. Hindaum zu einem Treffen ein, um die Regierung zu informieren: Wenn bis heute abend 7 bis 8 die Regierung noch vorhanden sei, daß Prinz Max die Regierung habe, die bis zum nächsten Morgen geworben werden sollte, gegen die Bildung der Regierung liegende Zweifelhaft sein, so sollte er die Aufgabe der Erklärung heute nicht für geboten. In einem Vortrage, den der Vertreter der Obersten Heeresleitung am 2. Oktober

vormittags vor den Parteiführern des Reichstags hält, kommt aus diesen größeren Kreise, die dringende Lage ihrer zum Ausdruck. Prinz Max von Baden schreibt sich aufs besondere gegen die gewünschte Friedensaktion, weil sie in der Form und in dieser militärischen Ausprägung die deutsche Situation für die Friedensverhandlungen offenbar sehr ungünstig gehalten würde.

Am 2. Oktober bietet General Ludendorff um den Entwurf der Note und löst nachmittags selbst eine Sitzung telefonieren, die im wesentlichen mit dem späteren Wortlaut übereinstimmt. Der Prinz hält seine Bedenken aufrecht. Noch am 3. Oktober sieht er offiziell eine Reihe von Vorlagen, darunter die Note: „Die Oberste Heeresleitung hat bewußt, daß die Einlösung einer Friedensaktion unter dem Druck des militärischen Zwanges zum Verlust der deutschen Kolonien und deutscher Gebiete, namentlich Elsaß-Lothringen und temporalistische Kreise der östlichen Provinzen, führen kann.“ Am gleichen Tage überredet Hindenburg, der in Berlin anwesend ist, dem Reichskanzler nochmals schriftlich die Erklärung, daß die Oberste Heeresleitung auf ihrer Aforderung der sofortigen Übereinkunft des Friedensangebotes bestehen bleibt. — Nach eingehender Besprechung unter den Staatssekretären geht die Note unter breitem Druck der Obersten Heeresleitung in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober hinzu.

In der Zeit bis zum Eintreffen der Antwort erklärt der Reichskanzler am 6. Oktober noch dem vorliegenden Protokoll nochmals: „Ich habe gegen die Note gefämpft erstmals, weil ich den Moment für verfehlte hielt, zweitens, weil ich an dem Feind im allgemeinen nichts wenden wollte. Jetzt müssen wir die Konsequenzen in Ruhe überlegen. Dies muß die Lage an der Front feststellen werden, und zwar durch gewisse Offiziere — Kriegsüberschreiter müssen geholt werden. Die Staatssekretäre äußern sich in gleichem Sinne. General Ludendorff steht in der Befragung anderer Generale bestreitbar, daß er sich für diesen Fall mit seinem Amt befreit, wenn in revolutionären Zeiten eine Arbeit aufzunehmen kommt, die auch nur einige Jahre überdauert. Diese Studierungen wurden mit Aufmerksamkeit und ohne Erregung auf irgendwelcher Seite des Hauses angehört. Weniger Glück hatte Genosse Löbe, als er für das hohe Verdienst erward, unmittelbar vor der Endabstimmung auch seinerseits als Vorsitzender der bei weitem stärksten Fraktion festgestellt, daß der bürgerliche Block sozusagen in letzter Stunde gegen die Sozialdemokratie in Fleiß und Glück aufmarschiert, eine Anzahl Beschluß durchgegeben habe, die es und nur unter dem allerdrücktesten Gewissenbedenken noch gerade erträglich erscheinen lassen, diese Verfassung anzunehmen.“

Gestern wurde in Weimar die Verfassung der Deutschen Republik verabschiedet. Im Verlauf der letzten Aussprache ließ Genosse Heine in seiner Eigenschaft als preußischer Minister des Innern seinem Willen über die endgültige Form des Gebietsänderungsartikels die Fügel schließen. Aber er hatte einen guten Trost bei der Hand: schon bald wird die Verfassung in vielen Stücken der Änderung bedürfen; im übrigen mag man bestroh sein, wenn in revolutionären Zeiten eine Arbeit aufzunehmen kommt, die auch nur einige Jahre überdauert. Diese Studierungen wurden mit Aufmerksamkeit und ohne Erregung auf irgendwelcher Seite des Hauses angehört. Weniger Glück hatte Genosse Löbe, als er für das hohe Verdienst erward, unmittelbar vor der Endabstimmung auch seinerseits als Vorsitzender der bei weitem stärksten Fraktion festgestellt, daß der bürgerliche Block sozusagen in letzter Stunde gegen die Sozialdemokratie in Fleiß und Glück aufmarschiert, eine Anzahl Beschluß durchgegeben habe, die es und nur unter dem allerdrücktesten Gewissenbedenken noch gerade erträglich erscheinen lassen, diese Verfassung anzunehmen.“

Genosse Löbe, der im ersten Artikel bei der neugeborenen republikanischen Verfassung nicht durch Bruderlämpfe zerplattet, so könnte in Weimar eine sozialistische Mehrheit sorgen und eine sozialistische Verfassung aus der Taufe heben. Wenn die Unabhängigen die neue Verfassung ablehnen, so lehnen sie darum ein Kompromißprodukt ab, an dem sie mittschuldig sind!

Die Demokraten waren mit der Erklärung wegen der Bemerkung über den kapitalistisch-antikapitalistisch-monarchistischen Block unzufrieden. Aber auch nicht alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion haben erkannt, daß mit jenen Worten Löbes der deutschen Arbeiterchaft ein Trost aus auf den Weg gegeben ist. Trost und Hoffnung in den schweren Tagen, denen sie entgegengeht. Die Partei dürfte — nebenbei bemerkt — nicht darum herumkommen, in dieser Angelegenheit den Schiedsrichter zu spielen, und es läßt sich unzweckmäßig voraussehen, daß Löbe den Kern der Genossen auf seiner Seite haben wird.

Als der Entwurf in der feierlichen Schlussabstimmung gegen die Unabhängigen, Deutschen Nationalen und gegen die Deutsche Volkspartei angenommen war, stieg am ehemaligen Platz des klassizistischen Theatergebäudes die schwartz-rot-goldene Fahne in die sternklare Nacht empor. Der Reichsministerpräsident Genosse Bauer trat vor die Versammlung und legte als Erster seine besten Wünche für unser Volk in die Wiege der eben geborenen Verfassung. Reichskabinettminister David sprach der demokratischen Demokratie des Erdalles einen würdevollen Bannerpreuß.

Der Abschluß eines so gewaltigen parlamentarischen Werkes hätte im alten Kaiserstaat einen sicher unterschöpflichen Titelgegen und Ordenstragen zur Folge gebracht. Auch die Kinderfeiern sind vor dem Novemberwind davon geweht. Da gegen sollte eine andere Gnade vor Recht ergeben zu lassen, Freuden, die nicht ehrlos handeln, die Menschen zu öffnen. Uns hünkt, weite Kreise des Volkes sind der Ansicht, daß die Weimarer Verfassung an ihrem Schluß ein Amnestie tragen müsse, die am politischen Horizont der jungen deutschen Republik stehen sollte wie der Regenbogen am blauen Himmel.

Verhandlungspause in Weimar.

TU. Weimar, 1. August. In den Beratungen der Nationalversammlung wird vom Freitag abend bis zum Dienstag der nächsten Woche eine Pause eintreten. Die Kommission wird jedoch am Mittwoch wieder zusammenzutreten. Es ist zu erwarten genommen, bis zum 20. weiterzutun. Die Reichsregierung wird am Freitag nach Berlin zurückkehren.